

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 4

Artikel: Amerikas unruhiger Hinterhof : die Schatten der kubanischen Herausforderung
Autor: Mühlemann, Christoph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163638>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Amerikas unruhiger Hinterhof

Die Schatten der kubanischen Herausforderung

Seit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan scheint die Lateinamerikapolitik Washingtons, die mangels klarer Definitionen seit Kennedys missglückter Allianz für den Fortschritt ohnehin zwischen pragmatischer Nachlässigkeit und unausgegorenen Annäherungsversuchen schwankt, wieder einmal eine *Phase der Verhärtung* zu durchlaufen. Zwar hat ein Hilfekredit über 75 Millionen Dollar an das sandinistische Nicaragua nach einigem Widerstand die Hürden des Senates und des Repräsentantenhauses knapp überwunden; was aber in den Beratungen darüber stellenweise zum Ausdruck kam, war nicht nur Beunruhigung über noch unklare «sozialistische Experimente» im früheren Land Somozas und über wachsende Radikalisierung von Guerillabewegungen in El Salvador oder Guatemala, sondern ungeschminkte Interventionslust. Das ist gewiss nicht unverständlich, nachdem immer klarer geworden ist, dass Präsident Carters 1977 lancierte *Menschenrechtsoffensive* gegenüber den südlichen Nachbarn manches harte, aber wenigstens amerikafreundliche Militärregime nicht immer gerade ins Wanken, aber doch (zusammen mit mancherlei innen- und vor allem wirtschaftspolitischen Erwägungen) zum Schluss gebracht hatte, entweder in die Kasernen zurückzugehen oder wenigstens die Zügel der Repression zu lockern. Dabei sind vor allem in Zentralamerika *Gärungsprozesse* beschleunigt worden, die es der jeweiligen Opposition erleichterten, unsicher gewordene Regenten vor der Weltöffentlichkeit anzuprangern und Umsturzversuche zu intensivieren. Mit in dieses Bild überstürzter, Moral ohne machtpolitische Alternativen predigenden nordamerikanischen Umorientierung gehört auch die Rolle, die *Presse* und besonders elektronische Medien bei den Vorgängen in Nicaragua spielten. Es waren weniger die (auch agierenden) «kommunistischen» Propagandisten, die Somozas Macht untergruben, als vielmehr Journalisten aus den Vereinigten Staaten, die sich früher kaum durch ein besonders sensibles Lateinamerikagewissen ausgezeichnet hatten, aber (vom Vietnamschock noch geprägt) die «neue Moral», die da im Weissen Haus verkündet wurde, begierig aufgriffen und den sich dazu allerdings para-

digmatisch eignenden Diktator zum Inbegriff des Bösen stempelten – fast noch mehr als bald darauf den Schah von Persien.

Ratlosigkeit gegenüber Nicaragua

Einsicht in die von Washington ausgehenden Anstösse zur *Erosion von Diktatorenwillkür* in Zentralamerika und anderswo sollte nicht als Entschuldigung für die tatsächlichen, geradezu nach Revolution schreienden Gegebenheiten jener Region missverstanden werden. Viel eher lässt sich argumentieren, dass die Vereinigten Staaten als unbestrittene Führungs- und Ordnungsmacht der westlichen Hemisphäre kaum so schwer kontrollierbare Erschütterungen ausgelöst (oder unfreiwillig gefördert) hätten, wenn sie sich neben der Pflege handelspolitischer Interessen in ihrem zentralamerikanischen und karibischen Hinterhof früher und intensiver um durchaus erkennbare, aber auf Förderung angewiesene Reformbestrebungen gekümmert hätten. Gerade im *Falle Nicaraguas* lässt sich ein verhängnisvolles Fehlverhalten der massgebenden Lateinamerika-«Spezialisten» in Washington nachweisen, die der Regierung jeweils immer einen politischen Schritt nahelegten, wenn er gerade zu spät kam und nur noch als *Reagieren* auf eine bestimmte Entwicklung erschien, während er vorher möglicherweise noch Einfluss auf das Geschehen hätte erzielen können. Die Regierung Carter versuchte noch, Somoza zu Konzessionen zu bewegen, als eine damals weit ins konservative Lager hineinreichende Oppositionsbewegung noch die Möglichkeit einer nicht-revolutionären Alternative geboten hätte. An sie wollte sich Washington erst klammern, als sie vor den radikaleren, vom Sandinismus massgeblich bestimmten Kräften bereits kapituliert hatte. Als sich schliesslich, immer noch vor der Flucht Somozas, in Costa Rica die Fünferjunta etabliert hatte, versuchte Carters Sonderbotschafter sie zu zwingen, noch zwei konservative Mitglieder aufzunehmen; dass er damit nur das ohnehin vorhandene Misstrauen der Guerillaführer gegenüber den USA bestärkte, ist klar. Der Vertreter der Privatwirtschaft und des reformorientierten Bürgertums in der Junta, Robelo, bezeichnete es in einem Gespräch nach der Machtübernahme als kleines politisches Wunder, dass er damals von den Sandinisten nicht aus dem Führungsgremium ausgeschlossen worden ist. Ähnliche amerikanische Unentschlossenheit, ja Ratlosigkeit lässt sich heute angesichts der schon bürgerkriegsähnlichen Zustände in *El Salvador* erkennen. Als ein vorausschauender Botschafter für dezidierte Reformen im übervölkerten Kaffeeland plädierte, hielt sich Washington noch lange an die Regierung von General Romero. Nach dessen Sturz durch zwei junge

Obersten, die eine für Strukturänderungen offene Minderheit der Streitkräfte repräsentieren, zögerte man vielleicht entscheidende Unterstützung für die sich mit gemässigten Oppositionellen umgebenden Putschisten immer wieder hinaus. Heute muss der Reformversuch als gescheitert betrachtet werden, was endlich den «grossen Bruder» von einer Wiederaufnahme der Militärhilfe sprechen lässt – so spät, dass diese wohl erst den wieder Oberhand gewinnenden reaktionären Militärs zugutekommen wird.

Eine verpasste Chance

Wie erwähnt, mehren sich inzwischen die Stimmen von Politikern, die eine aktive, notfalls auch vor direkter Intervention nicht zurückschreckende Haltung der Vereinigten Staaten befürworten. Eines ihrer Argumente ist aufgrund der in Zentralamerika gemachten Erfahrungen einleuchtend genug: Eine Weltmacht, die nur noch auf Entwicklungen zu reagieren, sie nicht mehr in ihrem Sinne zu beeinflussen vermag, wird unglaublich und gibt zu unüberschaubaren Aktionen innerhalb ihrer eigenen Einfluss-sphäre Anlass. Für «Falken» vom Schlage des alten Wildwesthelden Reagan war allerdings schon Carters eine Zeitlang als Beginn einer neuen Lateinamerikapolitik begrüsst *Kanalvertrag mit Panama* «Kapitulation» und «Ausverkauf nationaler Interessen»; dass die Verständigung mit Panama dieses Land möglicherweise vor einer ähnlichen Radikalisierung, wie sie Nicaragua erlebt hatte, bewahren konnte, wollen nationalistische Kreise der USA nicht einsehen. Dabei ist eher die Schlussfolgerung erlaubt, dass der sowohl von konservativen Militärdiktaturen wie fortschrittlicheren Zivilregierungen gelobte Symbolakt der Kanalverständigung nur darum nicht zu einer generellen Verbesserung der komplexen Nord-Süd-Beziehungen auf dem amerikanischen Doppelkontinent führen konnte, weil er eine *isolierte Geste* und nicht Teil einer zwar reformfördernden, aber trotzdem (oder auch gerade deswegen) sicherheitspolitisch überzeugenden Gesamtinitiative war – und weil eine unter militärischen Gesichtspunkten durchaus vertretbare Massnahme wegen der schon damals mittönenden «moralisierenden» Begleitmusik vielen lateinamerikanischen Politikern dann doch «ins falsche Ohr» geriet. Was so als sinnvolle Konzession des Stärkeren hätte politisch fruchtbar gemacht werden können, wurde schliesslich als Ballastabwurf eines kränkelnden Riesen empfunden. Wer spricht heute noch vom Panamakanal, ausser Reagan und seine Gesinnungsfreunde? Allenfalls noch die Panamaer, die ihrem Verhandlungschef Torrijos vorwerfen, er habe den Amerikanern nicht genug abgerungen . . .

Mangelnde Führungsbereitschaft

So negativ dieses Bild der jüngsten Lateinamerikapolitik Washingtons ausfällt, so deutlich sollte festgehalten werden, dass die von ihr ausgehenden Unsicherheiten auf *methodische* und nicht auf grundsätzliche Mängel zurückgehen. Nicht die prinzipielle Betonung eines nordamerikanischen Interesses an einer menschenrechtsfreundlicheren Machtausübung, sondern die unvorbereitete, globale Ausrufung der neuen Richtlinien führte zu den beobachteten chaotischen Auswirkungen. Statt Regimes *ex cathedra* zu verurteilen, hätten Wege der Zusammenarbeit gesucht werden müssen, in deren Rahmen zwar der nötige Druck hätte ausgeübt werden können, gleichzeitig aber auf nationalistische Empfindlichkeiten und berechtigte sicherheitspolitische Anliegen Rücksicht genommen worden wäre. Nicht zuletzt hätte eine weniger sensationell gefärbte und inkonsequente, aber dafür von klarer Führungsbereitschaft getragene Politik die Gefahr einer sich jetzt in Ansätzen wieder ausbildenden Interventionsstimmung zuhause wesentlich vermindert. Zum letzten Mal sind 1965 amerikanische Truppen gegen ein missliebiges und als gefährlich interpretiertes Regime des Südens eingesetzt worden, in der *Dominikanischen Republik*. Im Zusammenhang mit der Radikalisierung der Entwicklung in Nicaragua wurde nur noch am Rande die Möglichkeit der Bildung einer von der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) getragenen «Friedensstreitmacht» erwogen; der Gedanke stieß auf vehemente Ablehnung in Lateinamerika. Nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan wäre eine militärische Operation der Vereinigten Staaten (beispielsweise zur Niederschlagung der allerdings gefährlichen, weit extremistischere Züge als der Sandinismus annehmenden Linksbewegung in El Salvador) das denkbar ungeeignetste Mittel zur Beruhigung des südlichen Hinterhofes. Ganz Lateinamerika würde von einer nationalistischen Grundwelle und von Ausbrüchen eines latent *immer gegenwärtigen Amerikahasses* (der nur die Gegenseite der ebenso präsenten Bewunderung für den Reichtum und die Stärke des Nordens ist) erfasst – ganz abgesehen davon, dass eine amerikanische Intervention ein Glücksfall für die sowjetische Propaganda wäre und Moskau die Rückgewinnung verlorener Sympathien in der Dritten Welt wesentlich erleichtern würde.

Castros Expansionsdrang

Wie steht es nun aber, unabhängig von einer überzeugenden oder ungeschickten amerikanischen Aussenpolitik (wenn deren positiver oder negativer Einfluss auch in gar keiner Weise unterschätzt werden darf), um die

Gefahr, dass gleichsam vor der Nase der Weltmacht sich ein «*zweites Kuba*» entwickeln könnte – um dieses möglicherweise unzutreffende, aber in der Diskussion nach dem Fall Somozas immer wieder zitierte Schlagwort zu gebrauchen? Damit ist die Frage nach dem eigentlichen Gegenspieler der Vereinigten Staaten in der Region, nach Fidel Castros revolutionärem Kuba gestellt. Die Irritation, die von der kleinen Zuckerinsel und ihrem grossen, jedenfalls nach weltpolitischem Einfluss strebenden Caudillo ausgeht, ist immer noch oder schon wieder beträchtlich. Sie nährt sich im Grunde genommen immer von der strategischen Erkenntnis, dass es in der Folge der Revolution von 1959 – und nicht zum wenigsten auch wegen schweren politischen und psychologischen Fehleinschätzungen der damaligen Administration in Washington – der Sowjetunion gelungen ist, in den inneren Sicherungswall Amerikas einzudringen und dort mindestens einen *permanenten Störfaktor* einzurichten. Mit Moskaus Hilfe hat Castro in den letzten zwanzig Jahren seine Streitkräfte zu den zahlenmässig und ausrüstungstechnisch stärksten Lateinamerikas gemacht. In den ersten schwierigen Zeiten der Revolution konnte davon ausgegangen werden, dass die *Militarisierung* der Insel im wesentlichen defensiv motiviert war; jedenfalls bot die katastrophale exilkubanisch-amerikanische Invasion in der Schweinebucht vom April 1961 eine durchaus zu respektierende Rechtfertigung für Verteidigungsanstrengungen. An den nachfolgenden Versuchen, die Revolution auf den Kontinent zu tragen, waren die Streitkräfte kaum beteiligt; da handelte es sich mehr um Unternehmen von *Commando*-Art, die sich zahlenmässig immer bescheiden ausnahmen – und ausserdem nie den Segen der Sowjetunion fanden. Hingegen bahnte sich ebenfalls in den frühen sechziger Jahren in aller Stille eine Entwicklung an, die dann 1975 zur allgemeinen Überraschung der Weltöffentlichkeit mit dem intensiven und die Machtverhältnisse entscheidenden Engagement zugunsten von Agostinho Neto MPLA in *Angola* ihren Höhepunkt erreichte. Es spielt an sich in den strategisch-politischen Überlegungen keine Rolle, muss aber erwähnt werden, dass die kubanische Hilfe, entgegen der weitverbreiteten Ansicht westlicher Kommentatoren, nicht von einem «Befehl Moskaus» ausgelöst wurde, das sich angeblich durch Söldnerdienste des unabhängigen Alliierten für geleistete Milliardenzuschüsse entschädigen lassen wollte. Es scheint heute nachgewiesen, dass sich Castro vom langjährigen politischen Freund Neto zur Entsendung von Truppen überreden liess – was zwar nicht im Ausmass, aber vom politischen Grundsatz her nur eine logische Folge der seit 1961 gepflegten, mit der Entsendung von Ärzten, Lehrern und Militärberatern untermauerten Beziehungen Kubas zu zahlreichen Ländern Afrikas war. Castro hatte schon immer seine Insel als *afro-karibisch* verstanden oder, vielleicht korrekter, die afri-

kanischen Wurzeln eines Grossteils der kubanischen Bevölkerung für die Motivierung seiner weltpolitischen Überlegungen ausgenützt. Trotz hohem Ausbildungs- und Rüstungsstand der Revolutionären Streitkräfte überstieg aber das Angola-Abenteuer bei weitem die logistischen Möglichkeiten Kubas, weshalb die Sowjetunion ins Spiel gebracht wurde. Man könnte von einem Interessenzusammenfall sprechen, von einer dann mit dem Eingreifen in Äthiopien krass zum Ausdruck kommenden Kombination von *weltstrategischen Absichten Moskaus* und revolutionär-internationalistischem Ehrgeiz Havannas: ein hochexplosives Gemisch, wie sich bald erweisen sollte. Für die Planer im Kreml hatte der Einsatz von kubanischen Hilfstruppen (und seit dem Einsatz in Äthiopien handelt es sich eindeutig um solche) den unschätzbaren Vorteil, militärische Aktionen unterhalb der Reizschwelle für einen amerikanischen Gegenschlag ins Auge fassen zu können, eine Überlegung, die sich schon in Angola als richtig herausgestellt hatte, sowohl aus kubanischer wie aus sowjetischer Sicht. Kissinger spricht heute in seinen Memoiren von einem entscheidenden Fehler amerikanischer Aussenpolitik, dass damals nicht sofort militärisch eingegriffen worden ist.

Ein «zweites» oder ein «anderes Kuba»?

Wenn der Name des früheren Aussenministers der Vereinigten Staaten schon gefallen ist: Er hat einmal gesagt, es sei ein weltpolitisches Unglück, dass der machthungrige Caudillo Castro nur über eine so kleine Insel verfüge. Tatsächlich war der Aussenpolitik des revolutionären Kuba von allem Anfang an eine militante, wenn man will missionarische Komponente eigen, die später sogar in der neuen Verfassung festgeschrieben worden ist. Castro fühlt sich dabei nicht in erster Linie als Vollziehungshilfe des «Mutterlandes der Weltrevolution», sondern als globalpolitischer *Veränderer von eigenen revolutionären Gnaden*. Bei der Verfolgung seiner Ambitionen hat er immer wieder, besonders in der Phase des *Revolutionsexports Richtung Lateinamerika* von der Koexistenztaktik der Sowjetunion geforderte Rücksichten in den Wind geschlagen und es auf ernste Differenzen ankommen lassen. Doch das nach dem Abzug der Kolonialmächte entstandene Machtvakuum in Afrika hatte natürlich schon zur Zeit der «vollerblühten» Entspannung zwischen den beiden Supermächten einen ganz anderen Stellenwert als die westliche Hemisphäre, die (den überraschenden Erfolg mit dem kubanischen Lagerwechsel ausgenommen) «unantastbarer» Einflussbereich der USA blieb, entfernt vergleichbar mit Osteuropa für die Gegenseite. Daran dürfte sich oberflächlich bis heute kaum etwas geändert haben. Nicht nur wegen der hohen finanziellen Kosten, sondern auch in

Befolgung der (wenigstens bis zur Besetzung Afghanistans geltenden) Détente-Richtlinien hat sich die Sowjetunion seit der Raketenkrise um Kuba von 1962 vor einem direkten Engagement in der westlichen Hemisphäre gehütet, was beispielsweise der chilenische Präsident Allende zu spüren bekam, der den Kremlherren nicht einmal Kredite zu entlocken vermochte. Auf diesem Hintergrund ist die Provozierung eines «zweiten Kuba» höchst unwahrscheinlich, die Möglichkeit der Entstehung eines oder sogar mehrerer «*anderer Kubas*» aber sehr naheliegend. Dieser Fall wäre zum Beispiel gegeben, wenn sich die Junta Nicaraguas unter einem denkbaren Diktat radikaler sandinistischer Kräfte für eine forcierte «Sozialisierung» und für die Einrichtung eines «revolutionären» Einheitsstaates entscheiden sollte, wofür es nicht viele, aber doch einige relevante Ansatzpunkte gibt. Vorhanden ist auch eine nötige äussere Voraussetzung, nämlich das konstant wirkende kubanische Bemühen um eine Verminderung des nordamerikanischen Einflusses und eine Ausdehnung des eigenen Solidarisierungsspielraumes, um es einmal so auszudrücken.

Entwicklungshilfe und Indoktrinierung

Kubas Präsenz ist heute in der zentralamerikanischen und karibischen Region zwar viel unauffälliger, aber wesentlich vielfältiger als noch in den stürmischen Jahren des rabiaten «Revolutionsexportes». Was in Afrika schon damals erfolgreich durchexerziert wurde, gilt jetzt auch für die direkte Nachbarschaft: Kuba entsendet nicht mehr kleine Guerillagruppen, sondern in erster Linie Ärzte, Lehrer, Agrar- und Industrieexperten sowie allenfalls Militär- und Polizeiberater. Auf diese Weise sind etwa die Beziehungen zu *Guyana*, *Grenada*, *Jamaica* und neuerdings zu Nicaragua bedeutend intensiviert worden. Wie auf dem schwarzen Kontinent erweist sich Kubas Unterstützung für besonders hilfebedürftige oder ideologisch ansprechbare Gebiete auch des eigenen Umfeldes als sehr zweckmässig. Kubanische Ärzte haben langjährige Erfahrung im Aufbau eines Gesundheitswesens mit einfachsten Mitteln, kubanische Lehrer finden leichteren Zugang zur Mentalität eines ländlichen «Proletariats» als Kollegen aus hochentwickelten Industrienationen, kubanische Berater kennen die Möglichkeiten sogenannter mittlerer und unterer Technologie aus der Bewährung in der eigenen Mangellage. Diese *Anpassungsfähigkeit* aus selbst durchgemachten Entwicklungsprozessen verschafft den kubanischen Experten auch einen beträchtlichen Vorsprung vor Russen und anderen Osteuropäern, was gerade in Afrika schon zu etlichen Konfliktsituationen geführt hat. Gerade weil es ebenfalls ein Entwicklungsland ist, bietet sich

Kuba anderen Ländern der Dritten Welt als idealer Partner an, und es versteht diese Vorzugsstellung in vielen Fällen auch im politischen Bereich zu nutzen. Ob sich im Süden Amerikas aus dem «angepassten» Engagement einmal auch direkte militärische Einsätze wie in Afrika ergeben werden, muss unter den gegenwärtigen weltpolitischen Bedingungen bezweifelt werden; denn im allgemeinen ist Kubas Interessenexpansion nur unter dem Schirm der Détente möglich geworden (was sogar für die afrikanischen Einsätze bis zu einem gewissen Grade zutrifft), und in dieser Hinsicht ist Lateinamerika, wie schon ausgeführt, nach wie vor tabu. Vielleicht wird aber in Zukunft sogar unterhalb der Schwelle direkten militärischen Eingreifens die Attraktivität der kubanischen Hilfe und überhaupt des kubanischen Modells wieder abnehmen, nachdem sich Fidel Castros vehement, zu vehement vorgetragenes Glaubensbekenntnis von der Sowjetunion als dem natürlichen Verbündeten der Dritten Welt an der *Gipfelkonferenz der «Blockfreien» in Havanna* denn doch für viele Länder als Schreckgespenst erwiesen hat. Das Misstrauen gegenüber dem eben trotz aller eigenwilligen Unternehmungen immer noch völlig von Moskau abhängigen kubanischen Führer ist nach der Afghanistan-Invasion noch grösser geworden. Es muss sich erst noch zeigen, wie sehr Castros Einfluss im lateinamerikanisch-karibischen Raum unter diesen psychologischen Rückschlägen gelitten hat oder wie sehr es ihm allenfalls sogar gelingen kann, das Image der «Sowjethörigkeit» loszuwerden. Für die Störfähigkeit Kubas als regionaler Gegenspieler der USA hat das aber, nicht zuletzt wegen der geographischen Ferne Moskaus, geringere Bedeutung als für seine Führungsrolle in der Bewegung der «Blockfreien»: Wie Nicaragua und einige karibische Mikrostaaten sind vielleicht bald einmal auch andere Länder, etwa El Salvador, versucht, sich aus den historischen Zwängen der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu befreien und mit kubanischer Assistenz die eine oder die andere Form von «Sozialismus», «Blockfreiheit» oder «revolutionärem Nationalismus» anzusteuern. Je stärker diese Tendenz werden sollte, desto näher müsste die Möglichkeit einer nicht mehr unbedingt amerikatreuen Phalanx lateinamerikanischer Länder rücken. Das wäre letzten Endes, wenn auch nur indirekt, für die Sowjetunion aber auch eine günstige Entwicklung, weil sie anderweitig vielleicht nötige Kräfte des nordamerikanischen Widerparts binden würde. Um etwas salopp abzuschliessen: Der empfindliche «Unterleib» der Vereinigten Staaten ist heute nicht mehr von kubanischen Giftpfeilen gefährdet, sondern inzwischen vom kaum nachweisbaren *bazillus cubanus* befallen. Es wäre an der Zeit, dass sich Washington an die Ausarbeitung einer umfassenden, dem kubanischen Gegner wie dem lateinamerikanischen Partner angepassten Gegenstrategie machte.